

III. Lagebericht

**Jahresabschluss der
Stadt Eschweiler zum**

31.12.2015



Stadt Eschweiler

Inhaltsverzeichnis

1	Rahmenbedingungen der gemeindlichen Tätigkeit	353
1.1	Daten der Stadt Eschweiler	353
1.2	Rat (Sitzverteilung)	354
1.3	Verwaltung zum 31.12.2015	354
1.4	Personal der Stadtverwaltung	354
2	Ergebnisrechnung	354
2.1	Erträge	356
2.2	Aufwendungen	358
2.3	Kennzahlen zur Ergebnisrechnung	361
3	Finanzrechnung	363
3.1	Investive Auszahlungen	363
3.2	Investive Einzahlungen	363
4	Bilanz	364
4.1	Aktiva	364
4.2	Passiva	365
4.3	Kennzahlen zur Bilanz	366
5	Ergebnisentwicklung	368
6	Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung	369
6.1	Kreditverträge	370
6.2	Vertragliche Vereinbarungen in Zusammenhang mit städt. Beteiligungen	370
6.3	Gewährträgerschaft für BKJ/ AöR	371

1 Rahmenbedingungen der gemeindlichen Tätigkeit

Gemäß § 37 der Gemeindehaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW) ist dem Jahresabschluss ein Lagebericht nach § 48 GemHVO NRW beizufügen.

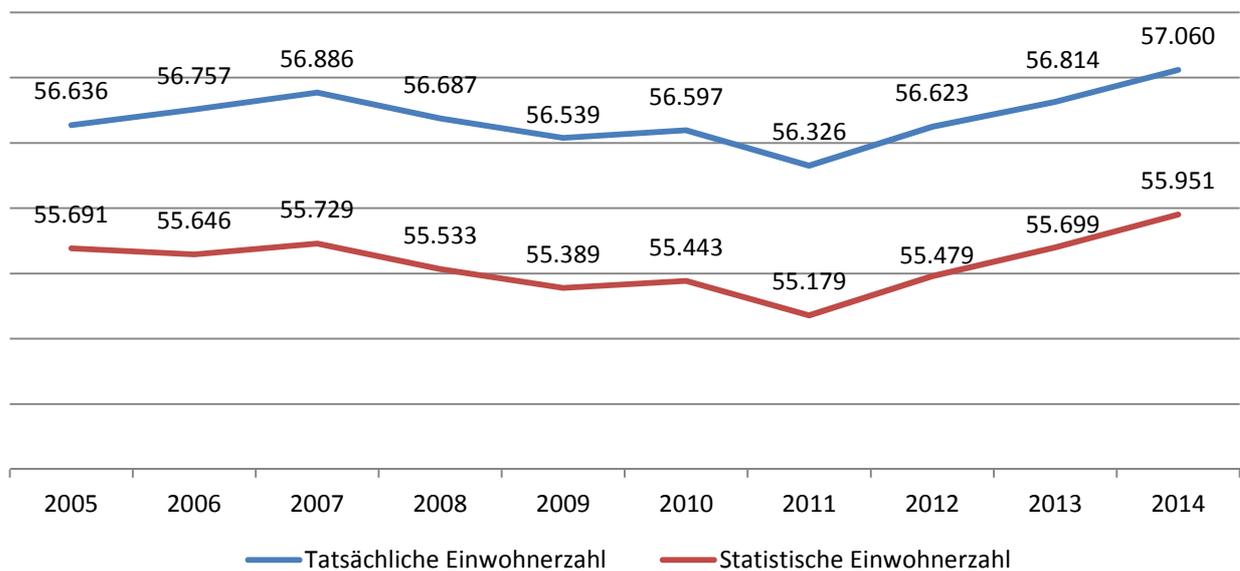
Mithilfe des Lageberichtes soll es den Bürgerinnen und Bürgern, dem Rat und der Aufsichtsbehörde ermöglicht werden, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde zu erhalten. Dies soll unter anderem durch eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende, Analyse der Haushaltswirtschaft, der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde erfolgen.

Auch ist auf die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde einzugehen.

1.1 Daten der Stadt Eschweiler

- Bevölkerungsentwicklung -

(Quelle: Melderegister Stadt Eschweiler)

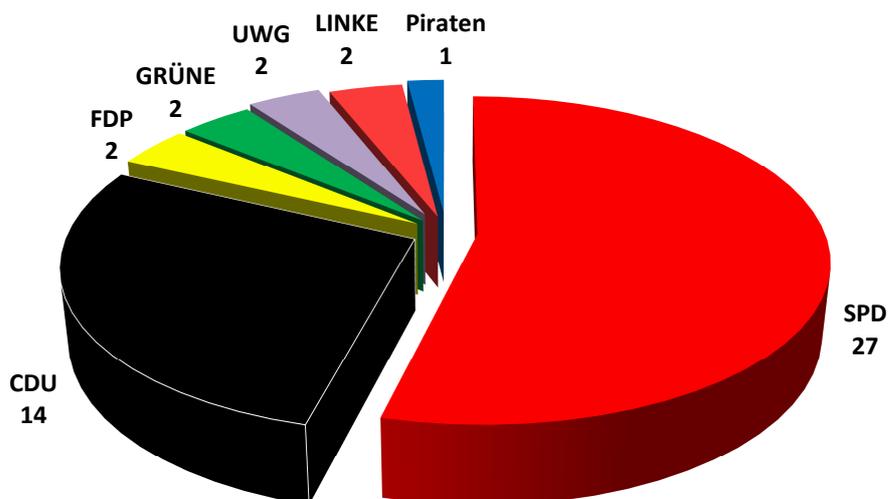


Entsprechend § 4 Abs. 2 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) ist die Stadt Eschweiler eine mittlere kreisangehörige Stadt.

Verleihung der Stadtrechte:	26.04.1858
Stadtfläche:	75,88 km ²
Länge des Straßennetzes: (einschließlich Ortsdurchfahrten von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen)	rd. 237,3 km
Städtische Schulen:	11 Grundschulen 1 Hauptschule 1 Realschule 1 Gymnasium 1 Gesamtschule 1 Förderschule

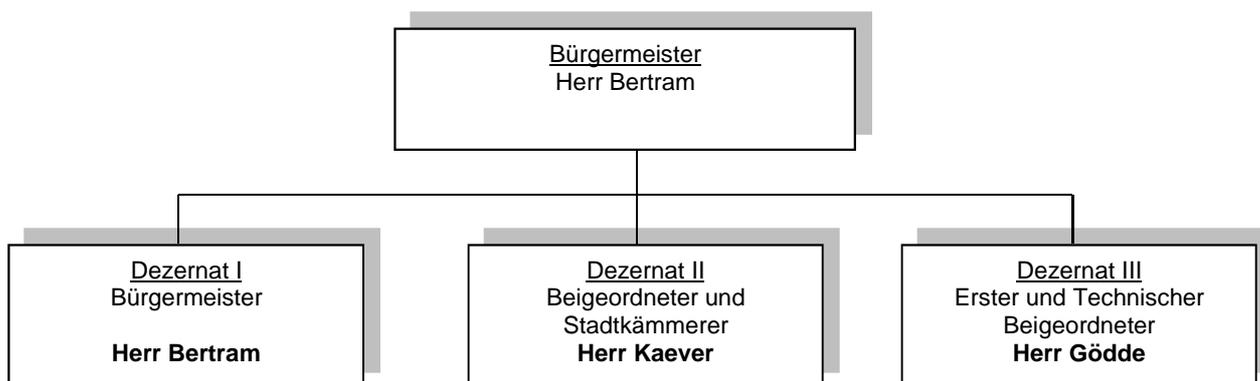
1.2 Rat (Sitzverteilung)

Der Stadtrat der Stadt Eschweiler besteht zum Stichtag 31.12.2015 aus 50 Mitgliedern und dem Bürgermeister. Es ergibt sich folgende Sitzverteilung:



* Vorgenannte Sitzverteilung besteht ab dem 23.06.2015. Bis zum 22.06.2015 hatte die CDU 15 Sitze und die SPD 26 Sitze.

1.3 Verwaltung zum 31.12.2015



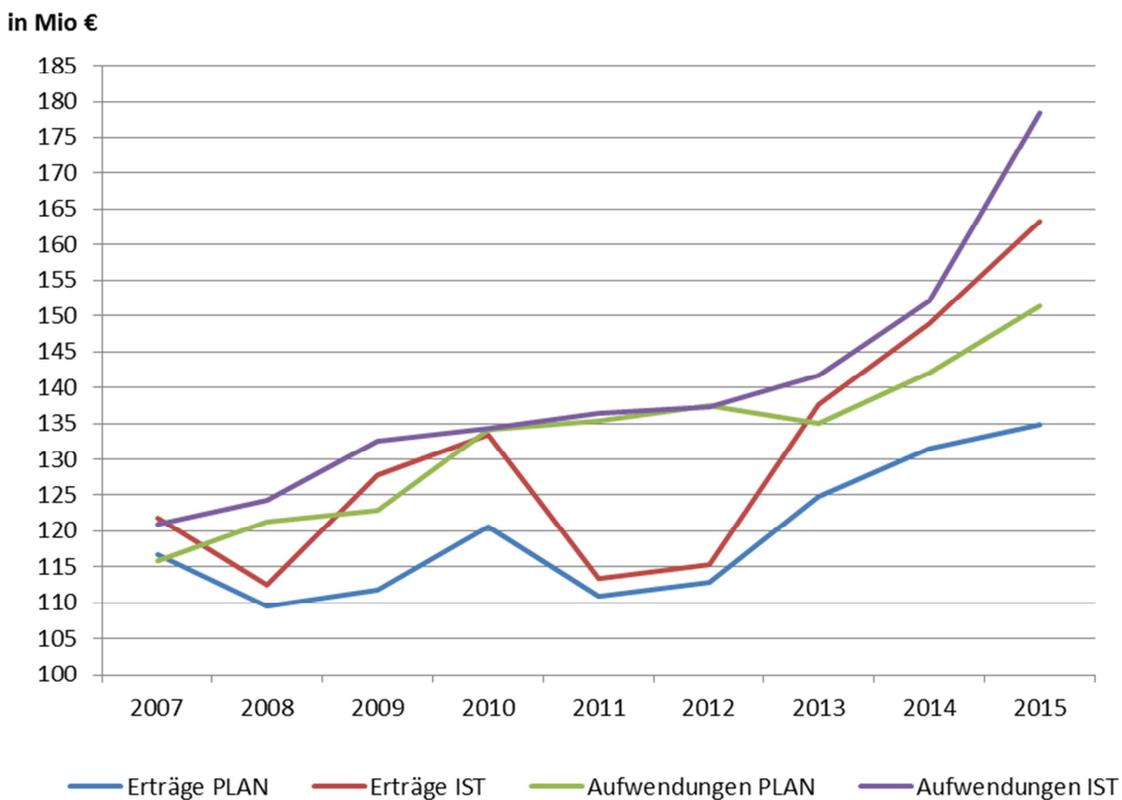
1.4 Personal der Stadtverwaltung

	31.12.2014		31.12.2015	
Beamte	116	(18,56 %)	118	(18,50 %)
Beschäftigte	470	(75,20 %)	473	(74,14 %)
Azubi, Anwärter, Praktikant	19	(3,04 %)	22	(3,45 %)
Geringfügig Beschäftigte	20	(3,20 %)	25	(3,91 %)

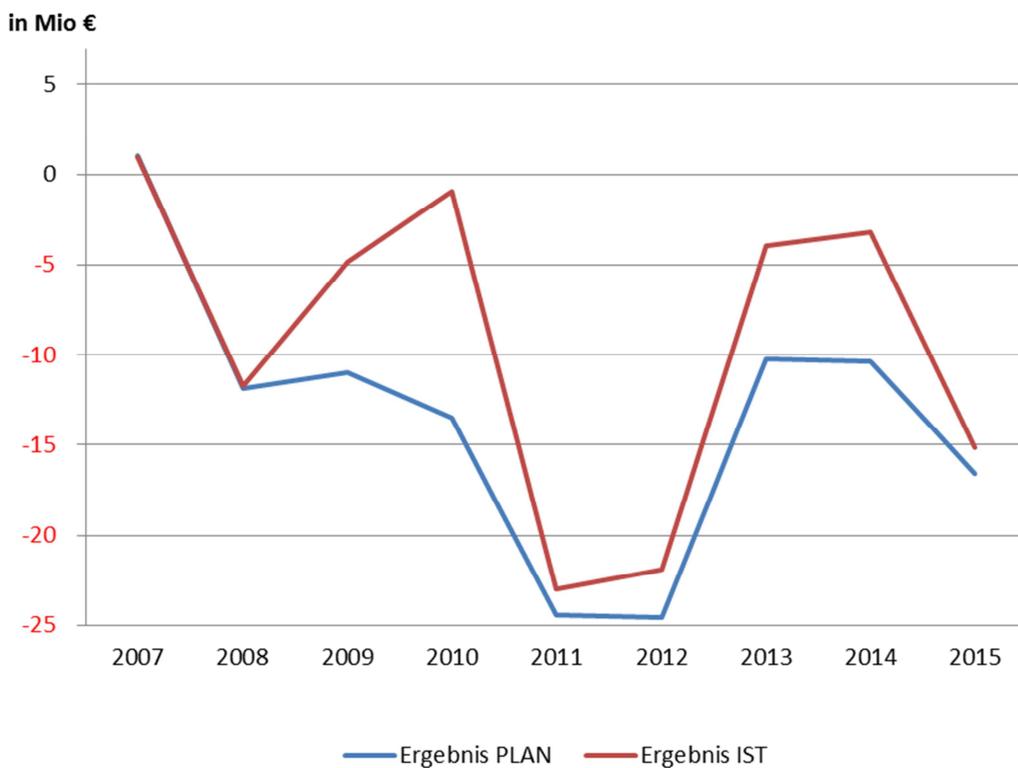
2 Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung 2015 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von -15.143.628,24 € ab. Dieser Fehlbetrag stellt im Vergleich zur Haushaltsplanung 2015 eine Haushaltsverbesserung von 1.458.471,76 € (Plan-Fehlbetrag: 16.602.100,00 €) dar.

PLAN – IST Vergleich Aufwendungen und Erträge

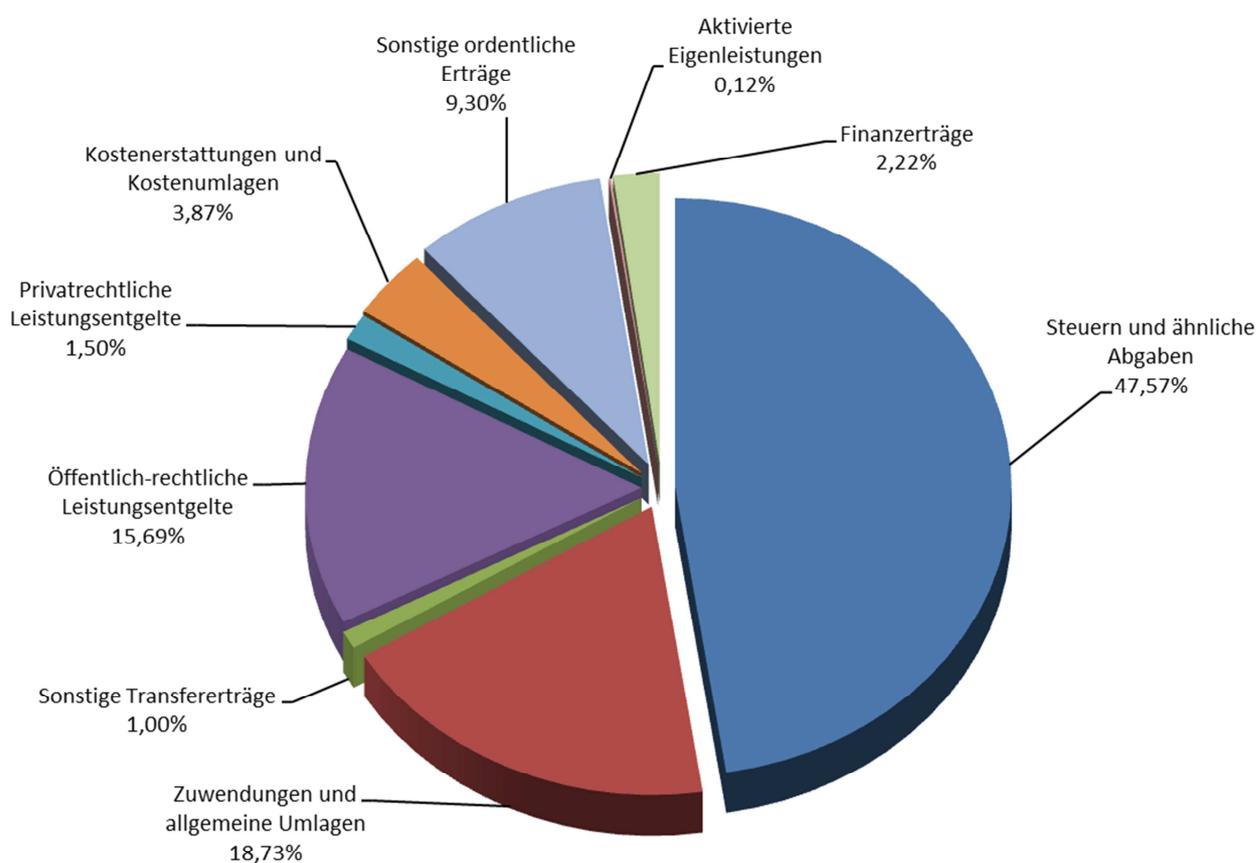


PLAN – IST Vergleich Jahresergebnisse



2.1 Erträge

Ergebnisposition	Bezeichnung	Ergebnis 2014	Ergebnis 2015	Abweichung 2014/ 2015
01	Steuern und ähnliche Abgaben	64.649.769,19 €	77.672.271,62 €	13.022.502,43 €
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	37.149.925,52 €	30.581.983,32 €	-6.567.942,20 €
03	Sonstige Transfererträge	716.004,41 €	1.632.977,04 €	916.972,63 €
04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	25.181.864,22 €	25.620.980,99 €	439.116,77 €
05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.154.395,25 €	2.441.846,76 €	287.451,51 €
06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.256.414,65 €	6.311.301,33 €	3.054.886,68 €
07	Sonstige ordentliche Erträge	11.443.553,24 €	15.186.484,30 €	3.742.931,06 €
08	Aktiviertete Eigenleistungen	230.753,28 €	190.606,09 €	-40.147,19 €
19	Finanzerträge	4.163.684,97 €	3.618.513,65 €	-545.171,32 €
23	Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Summe Gesamtertrag		148.946.364,73 €	163.256.965,10 €	14.310.600,37 €



Im Bereich der **Steuern und ähnlichen Abgaben** ergaben sich im Wesentlichen Veränderungen im Vergleich zum Haushaltsjahr 2014 bei der Gewerbesteuer (+ 9,80 Mio. €) und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (+ 1,61 Mio. €). Im Vergleich zur Haushaltsplanung wurde der Haushaltsansatz von 60.693.000 € mit rund + 16,98 Mio. € (+ 27,98 %) Mehrerträgen übertroffen. Die Gewerbesteuererträge erhöhten sich im Plan-/ Ist-Vergleich um rund + 16,12 Mio. €, hauptsächlich begründet durch Gewerbesteuer-nachzahlungen im Jahr 2015.

Das Ergebnis bei den **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** verringerte sich um rund – 6,57 Mio. € gegenüber dem Vorjahr, lag jedoch mit rund + 0,82 Mio. € über dem Planansatz. Dieser Minderertrag im Vergleich zum Vorjahr ergab sich aufgrund der um rund – 6,59 Mio. € geringeren Schlüsselzuweisung. Des Weiteren erhielt die Stadt Eschweiler in 2015 rund + 0,71 Mio. € mehr an Landeszuweisungen für die Betriebskosten der Kindergärten.

Das Ergebnis der **sonstigen Transfererträge** stieg im Vergleich zum Vorjahr um rund 0,92 Mio. €. Dies resultiert hauptsächlich aus in 2015 verbuchten Kostenerstattungen des Landes für die Erstunterbringung von Flüchtlingen (1,03 Mio. €).

Bei den **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten** ergab sich auch dieses Jahr im Vergleich zum Vorjahr ein geteiltes Bild. Neben den wesentlichen Mehrerträgen u.a. bei den Abwasserbeseitigungsgebühren (+ 150 T €), den Abfallbeseitigungsgebühren (+ 190 T €), den Elternbeiträgen zur offenen Ganztagschule (+ 91 T €) und den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten zum Gebührenaussgleich (+ 197 T€) gab es demgegenüber wesentliche Mindererträge bei den Gebühren für die Kanalhausanschlüsse (- 227 T€). Insgesamt stieg der Ertrag im Vergleich zum Vorjahr um + 0,44 Mio. €.

Die Mehrerträge der **privatrechtlichen Leistungsentgelte** in Höhe von 0,29 Mio. € ergeben sich durch den Mehrertrag aus den Entgelten für die Unterbringung von Asylbewerbern (+ 70 T€), Ertrag aus der Abgabe von Verpflegung (+ 77 T€) sowie Mieten und Pachten (+ 153 T€) im Vergleich zum Vorjahr.

Bei den **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** ergab sich im Haushaltsjahr 2015 eine Abweichung gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 3,055 Mio. €. Die Entwicklung resultiert vor allem aus höheren Erträgen im Bereich Erstattungen vom Land bezogen auf die Leistungspauschale FlÜAG (+ 2,089 Mio. €) und der Steigerung im Bereich der Kostenerstattung von Jugendhilfeträgern für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (+ 0,971 Mio. €).

Das erzielte Ergebnis der Position der **sonstigen ordentlichen Erträge** lag 3,743 Mio. € über dem Vorjahresergebnis. Diese deutliche Steigerung im Jahresvergleich ergibt sich zum einen aus Verzinsungserträgen durch Gewerbesteuernachzahlungen (+ 4,40 Mio. €), Erträgen aus der Veräußerung von Grundstücken (+ 0,64 Mio. €) und aus der Auflösung eines passiven Rechnungsabgrenzungspostens bzgl. der WBE GmbH (+ 0,50 Mio. €) und zum anderen aus Mindererträgen aus der Herabsetzung von Rückstellungen (- 2,14 Mio. €).

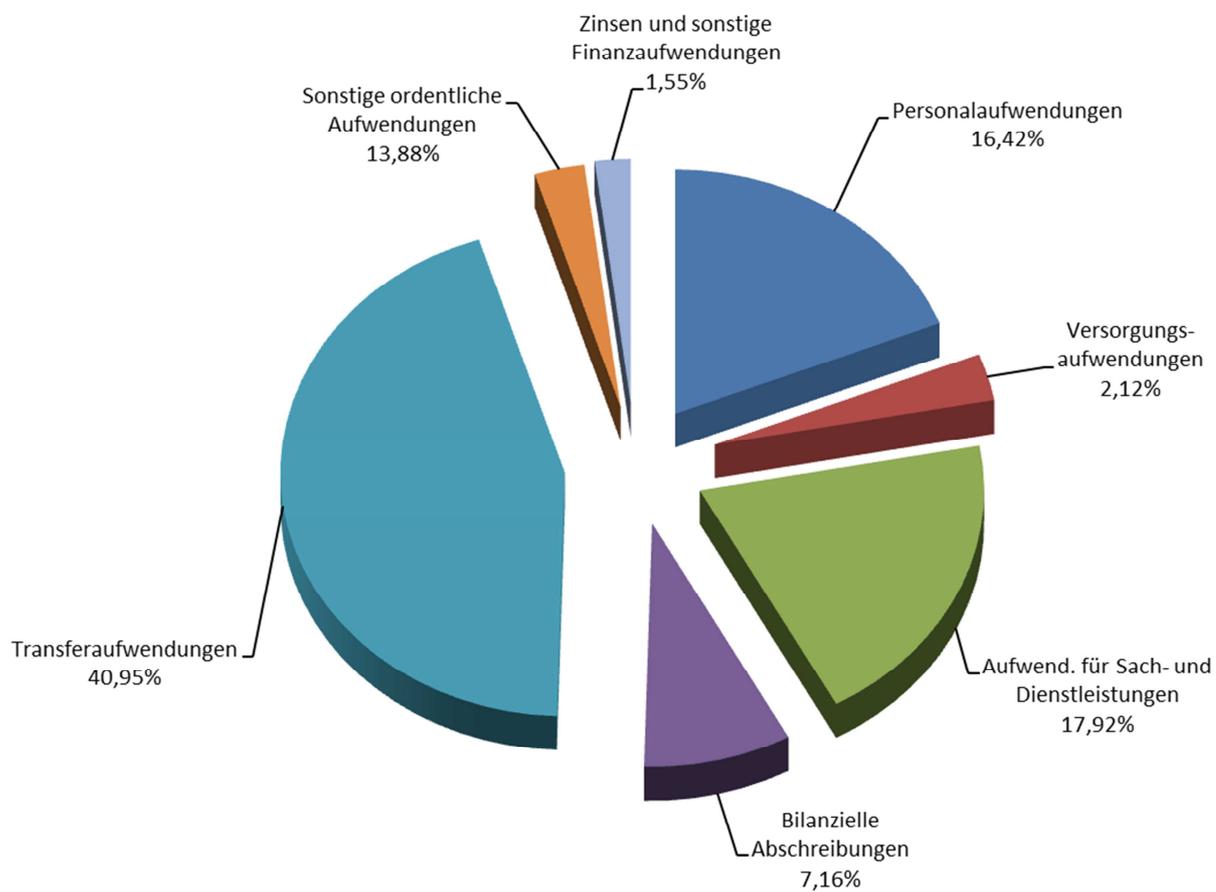
Im Bereich der **Finanzerträge** ergaben sich gegenüber dem Vorjahr Mindererträge in Höhe von - 0,546 Mio. €, die sich in der Hauptsache aus geringeren Gewinnanteilen und Dividenden des städtischen Wasserwerkes (- 0,451 Mio. €) ergeben.

Nachfolgend wird die Entwicklung der wesentlichen Ertragsarten (> 2.000.000,00 €) im Vergleich zum Vorjahr und im Vergleich zur Planung aufgezeigt:

Sachkonto	Sachkonto-bezeichnung	2014 IST	2015 PLAN	2015 IST
40120000	Grundsteuer B	-8.925.132,10	-10.051.000,00	-9.667.012,36
40130000	Gewerbesteuer	-30.799.651,69	-24.482.000,00	-40.599.001,63
40210000	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-19.726.774,02	-20.439.000,00	-21.340.020,31
40220000	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	-2.189.988,97	-2.515.000,00	-2.800.696,68
40510000	Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich	-2.003.641,01	-2.121.000,00	-2.142.474,88
41110000	Schlüsselzuweisungen vom Land	-22.793.554,28	-16.208.350,00	-16.208.386,89
41413000	LZW Betriebskosten Kindergarten	-5.605.423,28	-6.200.700,00	-6.317.145,01
41620000	Erträge aus der Aufl. von SoPo aus ZW vom Land	-3.119.545,95	-3.229.800,00	-3.169.653,29
43211100	Abwasserbeseitigungsgebühren und ähnliche Entgelte	-11.511.415,76	-11.822.550,00	-11.661.496,29
43211400	Abfallbeseitigungsgebühren und ähnliche Entgelte	-4.524.393,41	-4.815.000,00	-4.714.678,21
44810100	Erstattung vom Land - Leistungspauschale FlÜAG	-325.352,00	-787.550,00	-2.414.423,83
45212000	Verzinsung Gewerbesteuer nach § 233 a AO	-3.338.896,50	-200.000,00	-7.741.844,25
45820000	Erträge aus der Herabsetzung von Rückstellungen	-4.213.052,46	-700.000,00	-2.069.387,88

2.2 Aufwendungen

Ergebnisposition	Bezeichnung	Ergebnis 2014	Ergebnis 2015	Abweichung 2014/ 2015
11	Personalaufwendungen	28.849.569,04 €	29.302.292,87 €	452.723,83 €
12	Versorgungsaufwendungen	4.726.718,85 €	3.775.546,19 €	-951.172,66 €
13	Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	30.377.186,69 €	31.966.101,94 €	1.588.915,25 €
14	Bilanzielle Abschreibungen	12.796.923,99 €	12.780.990,65 €	-15.933,34 €
15	Transferaufwendungen	67.946.501,54 €	73.053.733,19 €	5.107.231,65 €
16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.343.558,70 €	24.754.191,88 €	20.410.633,18 €
20	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	3.098.073,59 €	2.767.736,62 €	-330.336,97 €
24	Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Summe Gesamtaufwand		152.138.532,40 €	178.400.593,34 €	26.262.060,94 €



Im Ergebnis liegen die **Personalaufwendungen** rund 0,453 Mio. € über dem Jahresergebnis 2014. Im Bereich der tariflich Beschäftigten ergab sich im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung um rund 1,036 Mio. €. Dies begründet sich vor allem durch die Mehraufwendungen aufgrund der Tarifierhöhungen ab dem 01.03.2015 um + 2,4 % sowie aus zusätzlichen, aufwandssteigernden Personalmaßnahmen. Desweiteren stiegen die Aufwendungen für sonstige Beschäftigte (+ 0,360 Mio. €) sowie die Aufwendungen für den Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung für tariflich Beschäftigte (+ 0,176 Mio. €). Demgegenüber sanken die Zuführungen zu Pensionsrückstellungen (- 0,559 Mio. €) und die Zuführungen zu Rückstellungen gemäß § 107 b BeamtVG (- 0,560 Mio. €).

Im Vergleich zum Planansatz ergaben sich hier jedoch Mehraufwendungen in Höhe von rd. 917 T€.

Die um rund 0,951 Mio. € gesunkenen **Versorgungsaufwendungen** gegenüber dem Vorjahr begründen sich im Wesentlichen mit den niedrigeren Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger (- 0,750 Mio. €) und den gesunkenen Zuführungen zu Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger (- 0,245 Mio. €).

Hier ergaben sich jedoch im Haushaltsjahr 2015 im Vergleich zum Planansatz Mehraufwendungen in Höhe von rd. 1.342 T€.

Im Bereich der Aufwendungen für **Sach- und Dienstleistungen** ergibt sich im Vergleich zum **Vorjahr** eine Steigerung um rund 1,589 Mio. €. Verbesserungen konnten im Wesentlichen in den Bereichen der Instandhaltung für die Gesamtschule (- 0,325 Mio. €), Instandhaltung der Bäder (- 0,264 Mio. €) sowie Unterhaltung GeTeCe (- 0,198 Mio. €) erzielt werden. Demgegenüber stehen jedoch Verschlechterungen in den Bereichen Instandhaltung Rathaus (+ 0,115 Mio. €), Kostenerstattungen an Jugendhilfeträger (+ 0,301 Mio. €), Erstattungen für Aufwendungen von Zweckverbänden und dergleichen (+ 0,166 Mio. €), Erstattungen für Aufwendungen von verbundenen Unternehmen (+ 0,709 Mio. €), Kostenerstattung für Unterhaltung der Eu-regiobahn (+0,272 Mio.€), Unterhaltung Festhallen (+ 0,166 Mio. €), Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens (+ 0,275 Mio. €), Unterhaltung Straßen, Wege, Plätze (+ 0,106 Mio. €) sowie die Aufwendungen zur Verpflegung durch Dritte (+ 0,102 Mio. €).

Im reinen Vergleich zur **Planung** (31.449.900 €), ohne Berücksichtigung der Ermächtigungsübertragungen und Ansatzfortschreibungen nach über- bzw. außerplanmäßigen Mittelbereitstellungen, zeigt sich eine Verschlechterung in Höhe von rund 0,516 Mio. €. Die Verbesserungen resultieren im Wesentlichen aus Aufwendungen für Heizkosten (- 0,256 Mio. €), Unterhaltung Straßen, Wege und Plätze (- 0,243 Mio. €) und Kosten für Wertermittlungen und Gutachten (- 0,171 Mio. €). Diesen Verbesserungen stehen allerdings Verschlechterungen in den Bereichen Kostenerstattungen an Jugendhilfeträger (+ 0,450 Mio. €), Kostenerstattung für Kanalhausanschlüsse (+ 0,222 Mio. €), Unterhaltung Festhallen (+ 0,137 Mio. €), Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens (+ 0,236 Mio. €) sowie Aufwendungen aus Abbruchkosten (0,101 Mio. €) gegenüber.

Unter Berücksichtigung der fortgeschriebenen Ansätze (inkl. Ermächtigungsübertragungen aus 2014 als auch über- bzw. außerplanmäßigen Mittelbereitstellungen) zeigt sich im Plan- /Istvergleich eine Ergebnisverbesserung in Höhe von rd. 2,06 Mio. €.

Der Vollständigkeit halber ist darauf hinzuweisen, dass die in diesem Bereich vorgenommenen Ermächtigungsübertragungen von 2015 nach 2016 das Ergebnis 2016 belasten werden.

Im Bereich der **Transferaufwendungen** kam es im Vergleich zum Vorjahr zu einer Erhöhung der Aufwendungen um rund 5,11 Mio. €. Diese Entwicklung ergibt sich in der Hauptsache

aus Mehraufwendungen für:

- Betriebskostenzuschüsse an freie Träger Kindertageseinrichtungen	+	451 T€
- Betriebskostenzuschüsse BKJ	+	657 T€
- Aufwendungen unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	+	1.032 T€
- Sach- und Geldleistungen gem. Asylbewerberleistungsgesetz	+	1.020 T€
- Aufwendungen Erstanterbringung von Flüchtlingen	+	1.065 T€
- Gewerbesteuerumlage	+	552 T€
- Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit	+	536 T€
- Allgemeine Städteregionsumlage	+	3.010 T€

bzw. aus Minderaufwendungen für:

- Zuwendungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke an übrige Bereiche	-	433 T€
- Fehlbedarfsabdeckung BKJ	-	862 T€
- Sonstige Transferleistungen	-	1.800 T€

Im Plan-/ Ist-Vergleich entstanden Mehraufwendungen von rund 3,05 Mio. €.

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** stiegen im Vorjahresvergleich um rund 20,41 Mio. €. Dies ist insbesondere auf die Bildung einer Drohverlustrückstellung in Höhe von 20,00 Mio. € aufgrund eventueller Rückzahlungsansprüche aus Steuern zurückzuführen.

Die **Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen** ergeben im Jahresvergleich Minderaufwendungen von rund 0,330 Mio. €. Diese Entwicklung resultiert vor allem aus der günstigen Entwicklung bei den Zinssätzen für Kommunalkredite sowohl im Langfristbereich als auch im kurzfristigen Liquiditätssicherungsbereich. Die Summe dieser Kredite sank im Vergleich zum Vorjahr um rund 4,21 Mio. € auf 159.13 Mio. €.

Die **bilanziellen Abschreibungen** sanken im Vorjahresvergleich um rund 16 T€ auf insgesamt 12.780.990,65 €.

Der Planansatz wurde mit rund 434 T€ überschritten. Hier wirken sich die um rund 748 T€ höheren Niederschlagungen im Bereich der Forderungen resultierend aus der abschließenden Bearbeitung von Vollstreckungsfällen aus. Demgegenüber steht jedoch die Verbesserung aus der Einzel- und Pauschalwertberichtigung zum Bilanzstichtag in Höhe von 589.044,11 € (siehe auch Erläuterungen im Anhang, Ziffer 3.2.2).

Nachfolgend wird die Entwicklung der wesentlichen Aufwandsarten (> 1.000.000 €) im Vergleich zum Vorjahr und im Vergleich zur Planung aufgezeigt:

Sachkonto	Sachkonto-bezeichnung	2014 IST	2015 PLAN	2015 IST
53720100	Allgemeine Städteregionsumlage	30.912.432,62	33.924.000,00	33.922.234,49
54411040	Rückzahlungsansprüche aus Steuern			20.000.000,00
50120000	Vergütung der tarifl. Beschäftigten	13.721.162,17	14.587.600,00	14.757.438,35
57110000	Abschreibungen auf Sachanlagen	11.773.264,50	12.293.900,00	11.981.658,57
53118180	Betriebskostenzuschüsse an freie Träger KiTa's	7.595.127,27	7.724.800,00	8.046.295,56
52350000	Erst. f. Aufw. von verb. Untern., Bet. u. Sonderv.	6.317.275,85	6.949.950,00	7.026.238,09
53118340	Betriebskostenzuschüsse an die AöR	5.051.584,44	5.659.000,00	5.708.740,70
52330000	Erst. f. Aufw. von Zweckverbänden u. dergl.	4.811.378,94	4.976.400,00	4.977.093,69
50110000	Beamten Bezüge	4.939.747,13	5.051.850,00	4.948.822,86
52910010	Aufwendungen für Entsorgung	3.442.420,37	3.474.700,00	3.475.305,92
53410000	Gewerbesteuerumlage	2.553.326,18	1.863.000,00	3.104.849,54
53420000	Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit	2.480.374,01	1.810.000,00	3.016.139,57
50320000	gesetzl. Soz.Vers. tarifl. Beschäftigten AGAnteil	2.668.175,82	2.815.800,00	2.844.459,68
53320400	Heimerziehung gem. § 34 SGB VIII	2.817.357,62	2.700.000,00	2.591.881,02
51210000	Beitr. zu Versorgungskassen f. Vers.empf. Beamte	2.370.729,00	1.913.600,00	2.271.514,00
53720200	Städteregionsumlage - Mehrbelastung für ÖPNV	1.651.241,16	2.099.000,00	2.098.516,32
53380400	Sach- u. Geldleistg. (§3 AsylbLG)	1.056.426,06	815.000,00	2.076.581,81
50510000	Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Beschäft	2.511.633,00	1.661.850,00	1.952.316,00
55160000	Zinsaufwendungen an sonst. öfftl. Sonderrechnungen	2.160.682,50	2.094.300,00	1.925.338,19
53310800	Vollzeitpflege gem. § 33 SGB VIII	1.646.189,87	1.600.000,00	1.577.033,89
52410200	Heizung	1.493.287,55	1.750.000,00	1.493.812,36
50190000	Aufw. f. sonstige Beschäftigte	1.094.421,12	1.402.000,00	1.453.956,97
53320100	Tagespflege gem. § 23 SGB VIII	1.234.950,36	1.186.000,00	1.309.634,20
52320100	KE an and.Jugenhi.träger gem. §§ 89 ff SGB VIII	998.982,50	850.000,00	1.299.508,50
50220000	Beitr. Versorg.kassen tarifl. Beschäftigten	1.069.183,23	1.125.850,00	1.143.368,16
53320800	Aufwendungen unbegleitete minderjährige Flüchtling	53.425,60	2.501.500,00	1.084.892,78
53380800	Aufwendungen Erstunterbringung Flüchtlinge			1.064.550,60
52370000	Erst. f. Aufwendungen von priv. Unternehmen	953.109,27	996.100,00	1.027.543,17
54011000	Verzinsung Gewerbesteuer nach § 233 a AO	244.520,50	40.000,00	1.005.586,76
53118150	Fehlbedarfsabdeckung "AöR"	1.866.356,06	1.051.300,00	1.003.926,52

2.3 Kennzahlen zur Ergebnisrechnung

Kennzahlen	Ergebnis 2009	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ergebnis 2015	Erläuterung
1) Aufwandsdeckungsgrad	96,28 %	99,45 %	81,35 %	83,59 %	95,78 %	97,14 %	90,89 %	Der Aufwandsdeckungsgrad zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden.
2) Abschreibungsintensität	8,94 %	9,09 %	9,19 %	8,83 %	8,44 %	7,93 %	6,85 %	Die Abschreibungsintensität gibt an, in welchem Umfang die Stadt Eschweiler durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird.
3) Drittfinanzierungsquote	42,47 %	42,70 %	42,32 %	40,74 %	37,08 %	38,09 %	31,48 %	Die Drittfinanzierungsquote zeigt das Verhältnis zwischen den bilanziellen Abschreibungen und den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten. Sie gibt einen Hinweis auf die Frage, inwieweit die Erträge aus der Sonderpostenauflösung die Belastung durch Abschreibungen abmildern. Damit wird die Beeinflussung des Werteverzehrs durch die Drittfinanzierung deutlich.
4) Zinslastquote	3,53 %	3,31 %	3,06 %	2,68 %	2,41 %	2,08 %	1,58 %	Die Zinslastquote zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den (ordentlichen) Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

Kennzahlen	Ergebnis 2009	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ergebnis 2015	Erläuterung
5) Zuwendungsquote	20,71 %	18,23 %	18,73 %	16,11 %	29,03 %	25,66 %	19,16 %	Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit die Stadt Eschweiler von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.
6) Personalintensität	19,79 %	20,25 %	19,32 %	19,52 %	19,28 %	19,36 %	16,68 %	Die Personalintensität gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.
7) Sach- und Dienstleistungsintensität	23,48 %	22,96 %	24,39 %	22,36 %	21,48 %	20,38 %	18,20 %	Die Sach- und Dienstleistungsintensität lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Gemeinde für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.
8) Transferaufwandsquote	38,88 %	42,05 %	41,01 %	42,84 %	44,96 %	45,59 %	41,59 %	Die Transferaufwandsquote stellt einen Bezug zwischen den Transferaufwendungen und den ordentlichen Aufwendungen her.
9) Netto-Steuerquote	44,80 %	50,46 %	47,59 %	47,26 %	41,53 %	42,66 %	46,61 %	Die Netto-Steuerquote gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von Finanzleistungen Dritter ist.

3 Finanzrechnung

	Ergebnis 2014	PLAN 2015	Ergebnis 2015
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	138.845.675,66 €	128.243.300 €	152.196.372,92 €
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-135.476.012,47 €	-139.732.950 €	-145.049.752,67 €
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	3.369.663,19 €	-11.489.650 €	7.146.620,25 €
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	9.070.719,52 €	5.542.550 €	6.970.877,93 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-12.283.908,32 €	-14.730.350 €	-11.695.718,29 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	-3.213.188,80 €	-9.187.800 €	-4.724.840,36 €
Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag	156.474,39 €	-20.677.450 €	2.421.779,89 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	980.039,34 €	5.133.150 €	-4.234.977,10 €
Anfangsbestand an Finanzmitteln	2.633.396,13 €	0 €	3.125.217,83 €
Bestand an fremden Finanzmitteln	-644.692,03 €	0 €	-126.227,05 €
Liquide Mittel	3.125.217,83 €	-15.544.300 €	1.185.793,57 €

3.1 Investive Auszahlungen

a) Grundstücke und Gebäude	1.731.471,52 €
b) Baumaßnahmen	8.676.717,83 €
c) Bewegliches Anlagevermögen	788.828,94 €
d) Finanzanlagen	450.000,00 €
e) Sonstige Investitionsauszahlungen	48.700,00 €
Summe	11.695.718,29 €

3.2 Investive Einzahlungen

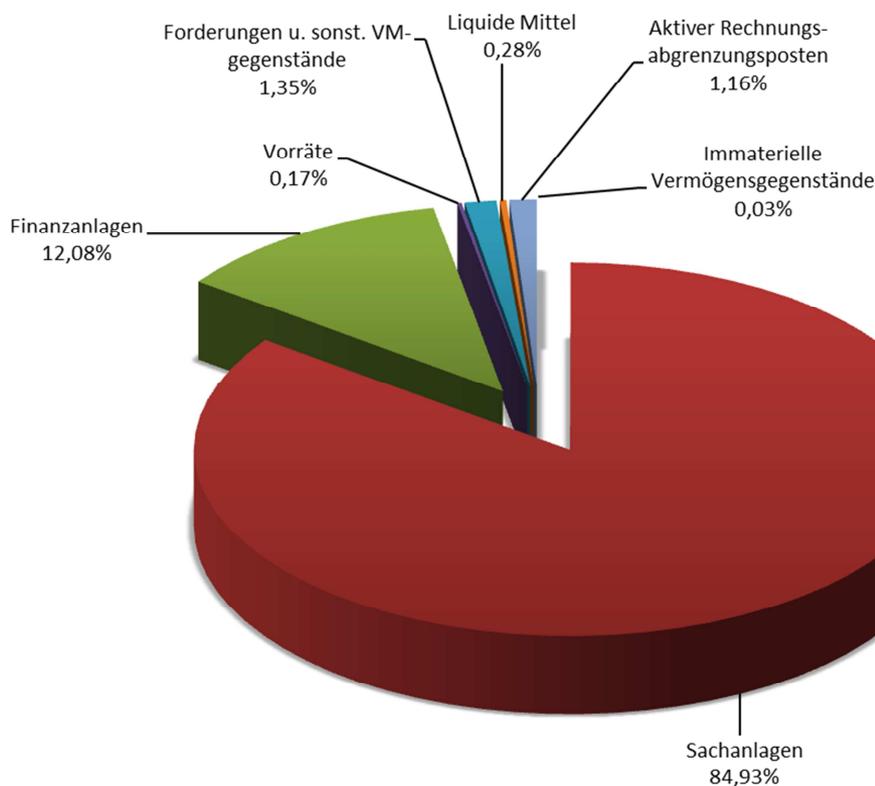
a) Investitionszuwendungen	3.273.014,92 €
b) Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	1.985.223,63 €
c) Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	473.617,06 €
d) Sonstige Investitionseinzahlungen	1.239.022,32 €
Summe	6.970.877,93 €

4 Bilanz

Die Bilanz zum 31.12.2015 weist unter Berücksichtigung der Salden der Ergebnis- und der Finanzrechnungen insgesamt eine Bilanzsumme 425.831.998,97 € aus. Damit hat sich die Bilanzsumme im Laufe des Jahres um 8.366.097,31 € verringert. Die Eckpunkte der Bilanzsumme stellen sich wie folgt dar:

AKTIVA		PASSIVA	
Anlagevermögen	413.200.450,22 €	Eigenkapital	32.539.523,60 €
Umlaufvermögen	7.676.533,08 €	Sonderposten	117.985.911,51 €
Aktive Rechnungsabgrenzung	4.955.015,67 €	Rückstellungen	94.898.079,31 €
		Verbindlichkeiten	170.043.977,93 €
		Passive Rechnungsabgrenzung	10.364.506,62 €
	425.831.998,97 €		425.831.998,97 €

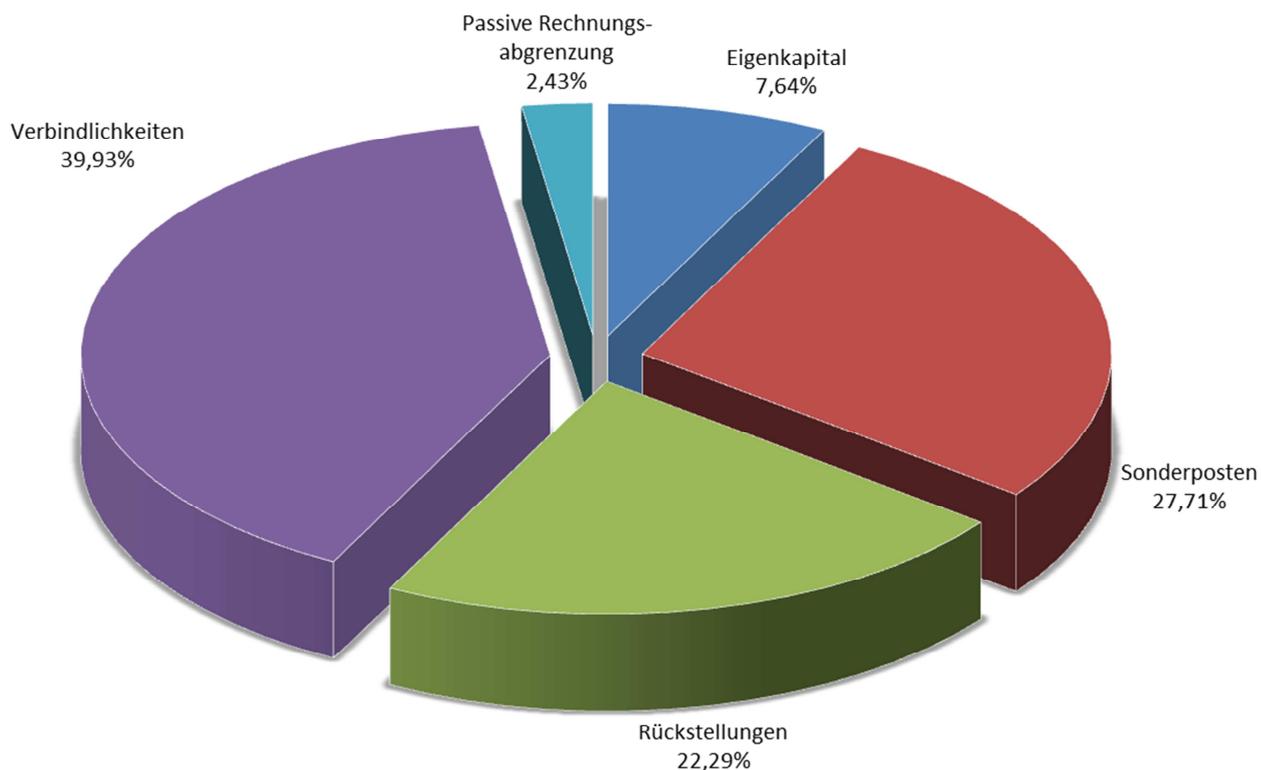
4.1 Aktiva



Wesentliche Veränderungen auf der Aktivseite der Bilanz ergaben sich im Vergleich zur Schlussbilanz 2014 in den Bereichen der bebauten Grundstücke (+ 6,68 Mio. €), der Anlagen im Bau (- 7,72 Mio. €), der Finanzanlagen (- 4,10 Mio. €) sowie den liquiden Mitteln (- 1,94 Mio. €).

Diese Veränderungen ergeben sich insbesondere aus der Aktivierung der Gemeinschaftshauptschule Stadtmitte (8,87 Mio. €) sowie im Bereich der Wertpapiere des Anlagevermögens aus der außerplanmäßigen Abschreibung der RWE-Aktien (4,54 Mio. €). Auf die weiteren Informationen im Anhang zum Jahresabschluss wird verwiesen.

4.2 Passiva



Im Bereich der Passiva ergeben sich deutliche Veränderungen vor allem im Bereich des Eigenkapitals. Hier wirkt sich zum einen der in der Ergebnisrechnung ausgewiesene Fehlbetrag in Höhe von – 15.143.628,24 € aus. Weiter wirkt sich hier jedoch auch die vorgenannte Abschreibung der RWE-Aktien, welche mit der Allgemeinen Rücklage zu verrechnen ist, aus.

Der Bestand der Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen ist um rund 3,61 Mio. € gestiegen, wohingegen die Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung um 7,81 Mio. € gesunken sind.

4.3 Kennzahlen zur Bilanz

Kennzahlen	Ergebnis 2008	Ergebnis 2009	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ergebnis 2015	Erläuterung
1) Eigenkapitalquote I	28,03 %	26,40 %	26,06 %	21,11 %	13,83 %	12,60 %	12,07 %	7,64 %	Die Eigenkapitalquote I misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz.
2) Eigenkapitalquote II	51,22 %	49,67 %	49,27 %	45,80 %	39,26 %	38,04 %	36,90 %	33,66 %	Die Eigenkapitalquote II misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der Bilanz. Weil bei den Gemeinden der Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellt, wird die Wertgröße „Eigenkapital“ um diese „langfristigen“ Sonderposten erweitert.
3) Infrastrukturquote	48,68 %	48,20 %	47,82 %	47,72 %	49,00 %	48,17 %	48,06 %	48,91 %	Die Infrastrukturquote stellt ein Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie gibt Aufschluss darüber, ob die Höhe des Infrastrukturvermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gemeinde entspricht.
4) Investitionsquote	133,94 %	95,05 %	107,05 %	79,36 %	49,40 %	93,44 %	80,29 %	63,06 %	Die Investitionsquote gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgängen neue Investitionen gegenüberstehen.
5) Anlagendeckungsgrad II	72,91 %	75,81 %	75,59 %	72,61 %	67,63 %	67,92 %	67,18 %	65,84 %	Der Anlagendeckungsgrad II gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert ist.

Kennzahlen	Ergebnis 2008	Ergebnis 2009	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ergebnis 2015	Erläuterung
6) Dynamischer Verschuldungsgrad	-	174,47	23,09	-	-	25,02	74,56	36,39	Mit dem dynamischen Verschuldungsgrad lässt sich die Fähigkeit der Schuldentilgung der Stadt Eschweiler beurteilen. Sie hat dynamischen Charakter, weil sie mit dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit aus der Finanzrechnung eine zeitraumbezogene Größe enthält. Dieser Saldo zeigt bei einer Stadt an, in welcher Größenordnung freie Finanzmittel aus ihrer laufenden Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Haushaltsjahr zur Verfügung stehen und damit zur möglichen Schuldentilgung genutzt werden könnten. Der dynamische Verschuldungsgrad gibt an, in wie vielen Jahren es unter theoretisch gleichen Bedingungen möglich wäre, die Effektivverschuldung aus den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln vollständig zu tilgen (Entschuldungsdauer). Aufgrund des negativen Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit in der Finanzrechnung 2008 und 2011-2012 war hier eine entsprechende Kennzahl nicht ermittelbar.
7) Liquidität II. Grades	9,29 %	12,78 %	9,92 %	9,33 %	5,97 %	8,38 %	6,91 %	6,66 %	Der Liquiditätsgrad II gibt stichtagsbezogen Auskunft über die „kurzfristige Liquidität“ der Stadt. Sie zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können.
8) Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	15,35 %	15,43 %	15,99 %	19,14 %	24,05 %	23,96 %	24,46 %	21,25 %	Die kurzfristige Verbindlichkeitsquote zeigt auf, wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird.
9) Fehlbedarfsquote	8,85 %	3,50 %	0,77 %	19,35 %	18,46 %	4,82 %	5,39 %	27,24 %	Die Fehlbedarfsquote gibt Auskunft über den durch einen Fehlbetrag in Anspruch genommenen Eigenkapitalanteil (ausschließlich Ausgleichsrücklage und allgemeine Rücklage).

5 Ergebnisentwicklung

Die Haushaltsplanung 2015 ging zunächst von einem Jahresfehlbedarf in Höhe von - 16.602.100 € aus. Mehraufwendungen von rd. 0,92 Mio. € im Bereich der Personalaufwendungen und in Höhe von rd. 1,34 Mio. € im Bereich der Versorgungsaufwendungen ergaben sich insbesondere aus der Bildung von Pensions- bzw. Beihilferückstellungen. Aus erheblichen Gewerbesteuernachzahlungen resultiert eine Ergebnisverbesserung in Höhe von rd. 16,98 Mio. €. Hier war die Verwaltung jedoch aufgrund eingeleiteter Rechtsbehelfe bzw. angekündigter Klagen von Unternehmen gegen Gewerbesteuererlegungen unter Berücksichtigung des Vorsichtsprinzipes gehalten, möglichen Rückzahlungsansprüchen durch die Bildung einer (ergebnisverschlechternden) Drohverlustrückstellung in Höhe von 20 Mio. € zu begegnen.

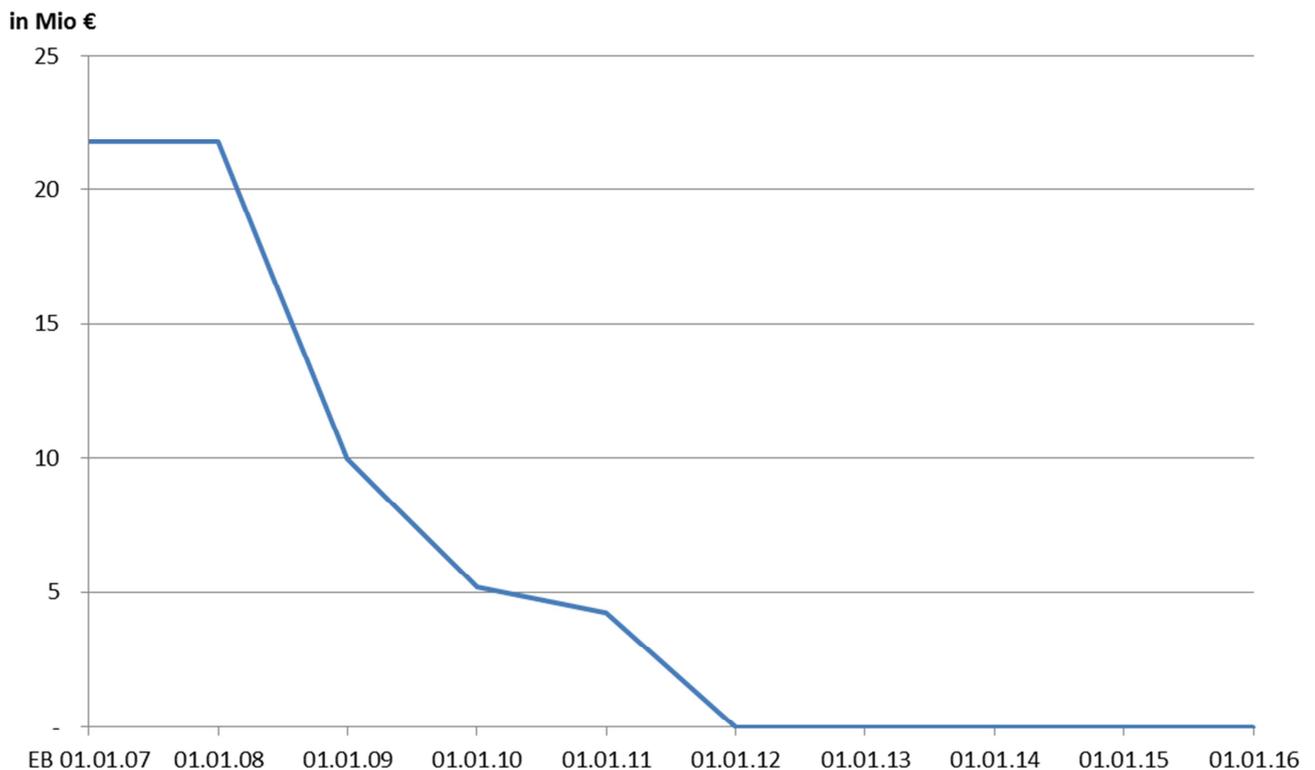
Im Vergleich zum geplanten Fehlbedarf stellt das Jahresergebnis von -15.143.628,24 € eine Verbesserung in Höhe von + 1.458.471,76 € dar.

Die Finanzrechnung 2015 weist einen Bestand an liquiden Mitteln von 1.185.793,57 € aus.

Die Bilanzsumme beläuft sich zum 31.12.2015, unter Berücksichtigung der Salden der Ergebnis- und der Finanzrechnung, auf insgesamt 425.831.998,97 €.

Mit dem Jahresabschluss 2011 war die Ausgleichsrücklage vollständig aufgebraucht. Somit führt das o.g. Jahresergebnis insgesamt zum 01.01.2016 zu einer Verringerung des Eigenkapitals in gleicher Höhe.

Insgesamt stellt sich die Entwicklung des Ausgleichsrücklage wie folgt dar:



Nachfolgend wird die Entwicklung des Eigenkapitals (getrennt nach Allgemeiner Rücklage, Ausgleichsrücklage und Gesamtsumme Eigenkapital) aufgezeigt:



Während die Eigenkapitalquote - mit bzw. ohne langfristige Sonderposten - in den Jahren 2009, 2010 und 2011 nahezu stagnierte, zeigte sich zum 31.12.2011 eine deutliche Absenkung, die in erster Linie auf Mindererträge bei der Gewerbesteuer sowie bei den Schlüsselzuweisungen des Landes zurückzuführen waren. Zum 31.12.2012 verzeichnete die Stadt Eschweiler aufgrund der Abwertung der RWE-Aktien eine deutliche Senkung des Eigenkapitals und damit auch der Eigenkapitalquote, welche mit einer weiteren Abwertung der RWE-Aktien in 2013 nochmals verringert werden musste. Für 2014 wirkt sich der Jahresfehlbetrag negativ auf das Eigenkapital und die Eigenkapitalquote aus. In 2015 wird diese negative Entwicklung mit dem Jahresergebnis sowie der erneuten Abwertung der RWE-Aktien verschärft.

6 Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung

Gemäß § 75 Abs. 2 GO muss der Haushalt in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Er ist ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt. Die Verpflichtung gilt als erfüllt, wenn der Fehlbedarf im Ergebnisplan und der Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden können. Die Ausgleichsrücklage war zum 31.12.2011 vollständig aufgezehrt, so dass nunmehr zum Fehlbetragsausgleich in Höhe von – 15.143.628,24 € ausschließlich die allgemeine Rücklage in Anspruch genommen wird. Damit konnte der Haushalt 2015 - wie auch schon in den Vorjahren - nicht ausgeglichen werden.

Die Situation der finanziellen Ausstattung des Haushaltes der Stadt Eschweiler ist seit Jahren bekannt und in den jeweiligen Fortschreibungen der Haushaltssicherungskonzepte ausführlich erläutert und dargestellt. Grundsätzlich gelten die hier aufgezeigten Tendenzen auch weiterhin. Das Risiko einer drohenden Überschuldung besteht latent.

Die angespannte Finanzentwicklung zwingt die Stadt Eschweiler weiterhin zu einer kontinuierlichen Aufgabenkritik und einem konsequenten Sparen im laufenden sowie in den folgenden Haushaltsjahren. Es gilt Wege zu finden, wie durch eine dauerhafte Aufgaben- und somit Ausgabenveränderung eine nachhaltige Stärkung des Eigenkapitals und damit einhergehend eine Reduzierung der Liquiditätskredite erfolgen kann. Nur so können künftig weitere Belastungen der Bürgerinnen und Bürger vermieden werden.

Risiken aus abgeschlossenen Verträgen

Von der Vielzahl der zum Stichtag 31.12.2015 abgeschlossenen Verträge der Stadt mit Dritten (z.B. Pacht-, Miet- und sonstige Nutzungsverträge, Dienstverträge, Gestattungsverträge, Betriebsführungsverträge, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, Instandhaltungs- und Wartungsverträge, Versicherungsverträge etc.) ist zu einigen Verträgen hinsichtlich der Risikoabschätzung folgendes auszusagen:

6.1 Kreditverträge

Die Stadt Eschweiler hat ausschließlich mit Banken und Sparkassen Kreditverträge abgeschlossen. Dies gilt sowohl für die Langfriskredite (zur Finanzierung von Investitionen) als auch für die Liquiditätssicherungskredite. Zum Stichtag 31.12.2015 hat die Stadt insgesamt Verpflichtungen aus Kreditgeschäften vergangener Haushaltsjahre zur Finanzierung von Investitionen in Höhe von 80.982.637,57 €.

Unter Beachtung des Runderlasses des Innenministeriums NRW vom 09.10.2006 „Kredite und kreditähnliche Rechtsgeschäfte“ wurden Zinsfestschreibungen zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos insbesondere auch für Liquiditätskredite genutzt. Auslaufende Zinsderivate werden aktuell nicht mehr verlängert. Insgesamt lässt sich das Zinsrisiko nicht gänzlich ausschließen, da z.B. jede Prolongation einer auslaufenden Zinsfestschreibung Zinsmehraufwand verursachen kann, welcher auch nicht durch den Einsatz von Zinssteuerungsinstrumenten vollständig zu eliminieren ist.

6.2 Vertragliche Vereinbarungen in Zusammenhang mit städt. Beteiligungen

Die Ausgliederung von Aufgaben in privatrechtliche Gesellschaften führt bei verbleibender Beteiligung zu neuen unternehmensspezifischen Risiken. Nicht zuletzt aufgrund des organisatorischen Abstands zwischen der Kernverwaltung und den Beteiligungen ist eine direkte Steuerung durch die Kommunen nicht mehr möglich. Die Kommune hat auf unternehmerische Entscheidungen nur noch bedingt Einfluss.

Die Stadt Eschweiler hat zum 01.01.2013 nach Abschluss eines sog. Rekommunalisierungsprozesses die bisher im Besitz der Fa. Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG befindlichen 49 %-ige Geschäftsanteile übernommen, sodass es sich nunmehr bei der WBE GmbH wieder um eine 100 %-ige Tochtergesellschaft der Stadt Eschweiler handelt. Für die übernommenen wirtschaftlichen Risiken leistete die Fa. Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG eine Schadenersatzzahlung an die Stadt Eschweiler, welche erfolgsneutral vereinnahmt wurde und für evtl. Verluste der WBE GmbH in den Folgejahren bis zum ursprünglichen Vertragsablauf vorgehalten werden muss.

Gemäß der derzeitigen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft sowie des Eintritts der Stadt Eschweiler in die von der Fa. Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG bis zum 31.12.2012 gewährten Sicherungsinstrumente wird eine tatsächliche Überschuldung der WBE GmbH vermieden.

Darüber hinaus wird zur Stabilisierung der Gesellschaft der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag mittelfristig abgebaut. So hat die Stadt Eschweiler in Fortführung der Verfahrensweise des bisherigen Gesellschafters Fa. Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG bereits seit 2013 jährlich, sukzessive auf Teilbeträge der mit einem Bilanzwert von 1 € übernommenen Darlehensforderung bzw. der entstandenen Zinsen verzichtet.

Weitere Verzichtserklärungen sollen in den kommenden Jahren sukzessive bis zum vollständigen Abbau der gewährten Gesellschafterdarlehen durch die Stadt Eschweiler erteilt werden.

Insbesondere durch die vorliegende Patronatserklärung kann das Risiko der Zahlungsunfähigkeit der WBE GmbH ausgeschlossen werden.

6.3 Gewährträgerschaft für BKJ/ AöR

Die Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche sind in der Rechtsform einer gemeindlichen AöR gemäß § 114 a GO NRW organisiert. Dies hat für die Stadt Eschweiler eine gesetzliche Gewährträgerschaft zur Folge. Nach allgemeinem Verständnis bedeutet die Gewährträgerschaft, dass die Stadt Eschweiler unbeschränkt für alle Verbindlichkeiten der Anstalt einstehen muss, wenn diese die Ansprüche ihrer Gläubiger nicht mehr befriedigen kann.

Dies erfordert daher eine permanente haushaltswirtschaftliche Abstimmung zwischen der Stadt und der AöR, die u.a. auch eine sorgfältige und vorausschauende Fehlbetragsberechnung beinhaltet.

Zur Risikoabsicherung finden daher regelmäßig Abstimmungen zwischen dem Stadtkämmerer, der gleichzeitig Vorsitzender des Verwaltungsrates der BKJ ist, und dem Vorstand der BKJ statt.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Fehlbedarfsabdeckungen durch die Stadt Eschweiler an die BKJ sowie deren Betriebsergebnisse auf.

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	in T€	in T€						
städt. Fehlbedarfsabdeckung	2.195	2.282	245	647	781	974	1.866 ¹⁾	1.004
Betriebsergebnis der BKJ	+ 344	+ 58	- 310	+ 152	+ 45	+ 200	+ 266	- 378

1) Die Erhöhung der Fehlbedarfsabdeckung resultiert insbesondere aus der Errichtung neuer Kindertageseinrichtungen bzw. der Einrichtung zusätzlicher Gruppen im Rahmen des U3/ Ü3-Ausbaus zur Sicherstellung des gesetzlichen Betreuungsanspruches und des hieraus folgenden erhöhten Personal- und Sachaufwandes.

Der im Jahresabschluss 2014 der BKJ ausgewiesene Überschuss, der sich mittlerweile zzgl. Gewinnvorträgen auf 310 T€ kumuliert hat, wird ab 2016 und in der mittelfristigen Finanzplanung zur Reduzierung der Fehlbedarfsabdeckung in Anspruch genommen.